

Unwörter des Jahres seit 2002



2002: **“Ich-AG”**

Zum Unwort des Jahres 2002 ist der Terminus **“Ich-AG”** aus dem „Hartz-Papier“ gewählt worden. Diese Wortbildung leidet bereits sachlich unter lächerlicher Unlogik, da ein Individuum keine Aktiengesellschaft sein kann. Selbst als ironisches Bild ist das Wort nicht hinzunehmen, da sich die aktuelle Arbeitslosigkeit mit solcher Art von Humor kaum noch verträgt. Ausschlaggebend für die Wahl war aber die Herabstufung von menschlichen Schicksalen auf ein sprachliches Börsenniveau. Ich-AG ist damit einer der zunehmenden Belege, schwierige soziale und sozialpolitische Sachverhalte mit sprachlicher Kosmetik schönzureden.

Auf Platz zwei setzte die Unwort-Jury den Behördenterminus **“Ausreisezentrum”** für Sammellager, aus denen abgewiesene Asylanten abgeschoben werden. Dieses Wort soll offenbar Vorstellungen von freiwilliger Auswanderung oder gar Urlaubsreisen wecken. Es verdeckt damit auf zynische Weise einen Sachverhalt, der den Behörden wohl immer noch peinlich ist. Sonst hätte man eine ehrlichere Benennung gewählt.

Den 3. Platz nimmt das Wort **“Zellhaufen”** für einen menschlichen Embryo ein. Mit dieser sprachlichen Verdinglichung von menschlichem Leben versuchen Biotechniker die ethischen Vorbehalte gegen Manipulationen an und sogar Tötungen von Embryonen zu unterlaufen.

2003: **“Tätervolk”**

Zum Unwort des Jahres 2003 ist der Begriff **“Tätervolk”** gewählt worden. Anlass der Kritik war der Gebrauch dieses Wortes in der umstrittenen Rede des Bundestagsabgeordneten Hohmann. Dieser Begriff ist schon grundsätzlich verwerflich, da er jeweils ohne jede Ausnahme ein ganzes Volk für die Untaten kleinerer oder größerer Tätergruppen verantwortlich macht, also den Vorwurf einer Kollektivschuld erhebt. Die Verbindung dieses Begriffs mit „den“ Juden zumal ist ein aktueller Beleg für den immer noch wirkenden Antisemitismus. Bereits im religiösen, antijudaistischen Ursprung dieser Einstellung wurde das Volk der Juden kollektiv für den Tod Jesu Christi verantwortlich gemacht und sogar als „Gottesmörder“ gebrandmarkt.

Auf Platz zwei setzte die Unwort-Jury den Begriff **“Angebotsoptimierung”**, der die Verringerung von Dienstleistungen beschönigen soll, etwa wenn Stilllegungen von Bahnstrecken damit umschrieben werden. Ähnlich wurde auch der Abbau von Briefkästen als Briefkastenoptimierung angepriesen.

Das Wort Optimierung entlarvt sich inzwischen generell als Verschleierung bloßen Profitdenkens.

Den 3. Platz nimmt das Wort **“Abweichler”** ein, das 2003 zur Diskriminierung von Bundestagsabgeordneten missbraucht wurde, die es „gewagt“ hatten, ihre grundgesetzlich verankerte Pflicht zur Gewissensentscheidung über einen Fraktions- oder Koalitionszwang zu stellen.

2004: **“Humankapital”**

Zum 14. Mal seit 1991 ist das „Unwort des Jahres“ gewählt worden. Für 2004 entschied sich die Unwort-Jury für den Begriff **“Humankapital”**. Der Gebrauch dieses Wortes aus der Wirtschaftsfachsprache breitet sich zunehmend auch in nichtfachlichen Bereichen aus und fördert damit die primär ökonomische Bewertung aller denkbaren Lebensbezüge, wovon auch die aktuelle Politik immer mehr beeinflusst wird. **“Humankapital”** degradiert nicht nur Arbeitskräfte in Betrieben, sondern Menschen überhaupt zu nur noch ökonomisch interessanten Größen. Bereits 1998 hat die Jury Humankapital als Umschreibung für die Aufzucht von Kindern gerügt. Aktueller Anlass ist die Aufnahme des Begriffs in eine offizielle Erklärung der EU, die damit die „Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie das Wissen, das in Personen verkörpert ist“, definiert (August 2004).

An zweiter Stelle rügt die Unwort-Jury die sprachliche Verniedlichung von Auffanglagern für afrikanische Flüchtlinge als **“Begrüßungszentren”** durch Bundesinnenminister Otto Schily. Diese Wortbildung ist kongenial zu dem schon offiziellen Namen **“Ausreisezentrum”** für Abschiebehaftanstalten.

Nicht nur als ökologisches Unding kritisiert die Jury an dritter Stelle **“Luftverschmutzungsrechte”**. Vielmehr trägt auch das Wort dazu bei, „Treibhausgasemissionen“ für unbedenklich zu halten, weil ihr Handel rechtlich geregelt wird.

2005: *“Entlassungsproduktivität”*

Zum 15. Mal seit 1991 ist das „Unwort des Jahres“ gewählt worden. Für 2005 entschied sich die Unwort-Jury für den betriebswirtschaftlichen Begriff **“Entlassungsproduktivität”**. Dieses Wort meint eine gleichbleibende, wenn nicht gar gesteigerte Arbeits- und Produktionsleistung, nachdem zuvor zahlreiche für „überflüssig“ gehaltene Mitarbeiter entlassen wurden. Es verschleiern damit die meist übermäßige Mehrbelastung derjenigen, die ihren Arbeitsplatz noch behalten konnten, was oft auch mit dem ebenfalls beschönigenden Wort von der „Arbeitsverdichtung“ umschrieben wird. Aber auch die volkswirtschaftlich schädlichen Folgen der personellen Einsparung, die Finanzierung der Arbeitslosigkeit, werden mit diesem Terminus schamhaft verschwiegen.

An zweiter Stelle rügt die Unwort-Jury die sprachlich paradoxe Formulierung **“Ehrenmord”**, womit die Ermordung von in der Regel weiblichen Familienmitgliedern mit Berufung auf eine archaische, in unserem Kulturkreis absolut inakzeptable „Familienehre“ relativiert werden kann. Deutschsprachige Medien sollten ihre Distanz zu diesem weltweit leider nicht seltenen Verbrechen auch sprachlich zum Ausdruck bringen.

An dritter Stelle kritisiert die Jury einen weiteren Höhepunkt der Leugnung, zumindest der Verniedlichung des NS-Völkermords durch das Wort **“Bombenholocaust”**, mit dem die NPD im sächsischen Landtag im Januar 2005 die Zerstörung Dresdens umschreiben zu müssen glaubte.

2006: *“Freiwillige Ausreise”*

“Freiwillige Ausreise” ist nach Meinung der Unwort-Jury eins der leider zahlreichen Unwörter im Zusammenhang mit der Behandlung von Asylbewerbern (z.B. die Unwörter von 1992 bzw. 2002 **“aufenthaltsbeendende Maßnahmen”** im Grundgesetz Art. 16a und **“Ausreisezentrum”** für Abschiebehaftanstalten oder die Behördenformulierung kindgerechte Abschiebung). **“Freiwillige Ausreise”** meint in Abgrenzung zum amtlichen Begriff Abschiebung, der Zwangsmaßnahmen beinhaltet, die Konsequenz aus der „intensiven Beratung“ abgelehnter Asylbewerber in den sog. Ausreisezentren, die Bundesrepublik doch lieber von selbst wieder zu verlassen. Die Freiwilligkeit einer solchen Ausreise darf in vielen Fällen bezweifelt werden.

Die Jury hat ausdrücklich zwei weitere Unwörter gerügt:

“Konsumopfer” – Damit umschrieb 2006 der Modemacher Wolfgang Joop Models, die zu Lasten ihrer Gesundheit für das Schönheitsideal der Konsumgesellschaft, extrem schlanke, letztlich magere Figuren, hungern müssen.

“Neiddebatte” – Mit diesem Wort wurde 2006 durch den ehemaligen Bundesbankchef Ernst Welteke die ernsthafte Diskussion um die Angemessenheit von Millionenbezügen bestimmter Spitzenmanager auf die Stufe eines kleinkarierten Neides herabgewürdigt.

2007: *“Herdprämie”*

Zum Unwort des Jahres 2007 ist **„Herdprämie“** gewählt worden. Das Wort diffamiert Eltern, insbesondere Frauen, die ihre Kinder zu Hause erziehen, anstatt einen Krippenplatz in Anspruch zu nehmen. Inzwischen gibt es ein ganzes Wortfeld, das die Diffamierungsabsicht ebenfalls deutlich werden lässt. Dazu gehören u.a. die Varianten **„Aufzuchtprämie“**, **„Gluckengehalt“** und **„Schnapsgeld“**.

Auf Platz 2 setzte die Jury das Wort **„klimaneutral“**. Kritisiert wird der Versuch, mit diesem Begriff für eine Ausweitung des Flugverkehrs oder eine Steigerung anderer CO₂-haltiger Techniken zu werben, ohne dass dabei deutlich wird, wie diese Klimabelastungen **„neutralisiert“** werden sollen.

Platz 3 nimmt nach der Entscheidung der Jury die Formulierung von Kardinal Meisner (Köln) ein, wonach Kunst und Kultur **„entartet“**, wenn sie ihre religiöse Bindung verliert. **„Entartete Kunst“** war ein NS-Schlüsselbegriff, mit dem missliebige Künstler und ihre Werke diffamiert und **„beseitigt“** wurden.

2008: **“Notleidende Banken”**

Zum Unwort des Jahres 2008 ist die Formulierung **„notleidende Banken“** gewählt worden. Sie stellt das Verhältnis von Ursachen und Folgen der Weltwirtschaftskrise rundweg auf den Kopf. Während die Volkswirtschaften in ärgste Bedrängnis geraten und die Steuerzahler Milliardenkredite mittragen müssen, werden die Banken mit ihrer Finanzpolitik, durch die die Krise verursacht wurde, zu Opfern stilisiert.

Die Jury kritisiert außerdem die Formulierungen **„Rentnerdemokratie“**. Als die Renten um ganze 1,1 Prozent erhöht werden sollten, malte der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog, selbst Bezieher satter Altersbezüge, das Schreckbild eines Staates, einer „Rentnerdemokratie“, in der „die Alten die Jungen ausplündern“.

„Karlsruhe-Touristen“: Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft Rainer Wendt diffamierte Bürger, konkret die Politiker Gerhart Baum und Burkhard Hirsch, die wegen Zweifeln an der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen schon einmal vor das Bundesverfassungsgericht gegangen waren und dies beim neuen BKA-Gesetz noch einmal tun könnten, als „Karlsruhe-Touristen“ – ein bedenkliches Verständnis der Grundrechte.

2009: **“betriebsratsverseucht”**

“betriebsratsverseucht”:

In der Sendung „Monitor“ (ARD 14.5.2009) berichtete ein Mitarbeiter einer Baumarktkette, dass dieses Wort von Abteilungsleitern verwendet wird, wenn ein Mitarbeiter von einer Filiale mit Betriebsrat in eine Filiale ohne Betriebsrat wechseln will. Dort könnte ihm vorgehalten werden, dass sein bisheriges Vertrauen in eine Arbeitnehmervertretung die Einstellung gefährde. Die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen „stört“ zwar viele Unternehmen, sie als „Seuche“ zu bezeichnen, ist indes ein zumindest sprachlicher Tiefpunkt im Umgang mit Lohnabhängigen.

Die Jury kritisiert außerdem die Formulierungen **„Flüchtlingsbekämpfung“**. So hat Bundeskanzlerin Merkel auf einem „Bürgerforum“ der Bertelsmann-Stiftung einen Teil des deutschen Beitrags zum Migrationsproblem, die Abwehr von Flüchtlingen an Europa-Grenzen, genannt. Es ist zu hoffen, dass damit nicht tatsächlich militärische Aktionen gemeint sind. In jedem Fall ist die Gleichsetzung einer Menschengruppe mit einem negativen und deshalb zu bekämpfenden Sachverhalt (wie in „Krankheits-“, „Seuchen-“ oder „Terrorismusbekämpfung“) ein dramatischer sprachlicher Fehlgriff.

Ferner **„intelligente Wirksysteme“**: Hinter dieser nur scheinbar harmlosen Bezeichnung verbergen sich ausschließlich technologisch hochentwickelte Munitionsarten. Sie werden von einem Tochterunternehmen zweier Rüstungskonzerne produziert.

2010: **“alternativlos”**

“Alternativlos”: Das Wort suggeriert sachlich unangemessen, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine Alternativen und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gebe. Behauptungen dieser Art sind 2010 zu oft aufgestellt worden, sie drohen, die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung zu verstärken.

Die Jury kritisiert außerdem die Formulierung **“Integrationsverweigerer”**. Das von Bundesinnenminister de Maizière in Umlauf gebrachte Wort verbreitet die Unterstellung, dass Migranten in größerem Umfang selbst ihre Integration verweigerten. Dass für eine solche Behauptung noch immer eine sichere Datenbasis fehlt und dass der Staat seinerseits für die Integration noch zu wenig tut, wird in den entsprechenden Debatten meist ausgeblendet.

“Geschwätz des Augenblicks”: Mit dieser Formulierung versuchte der Dekan des Kardinalskollegiums Angelo Sodano in der Ostermesse des Papstes 2010 die massiven Vorwürfe sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche beiseite zu schieben.

2011: “Döner-Morde”

Mit “**Döner-Morde**” wurden von Polizei und Medien die von einer neonazistischen Terrorgruppe verübten Morde an zehn Menschen bezeichnet. Der Ausdruck steht prototypisch dafür, dass die politische Dimension der Mordserie jahrelang verkannt oder willentlich ignoriert wurde: Die Unterstellung, die Motive der Morde seien im kriminellen Milieu von Schutzgeld- und/oder Drogengeschäften zu suchen, wurde mit dieser Bezeichnung gestützt. Im Jahre 2011 ist der rassistische Tenor des Ausdrucks in vollem Umfang deutlich geworden: Mit der sachlich unangemessenen, folkloristisch-stereotypen Etikettierung einer rechtsterroristischen Mordserie werden ganze Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt und die Opfer selbst in höchstem Maße diskriminiert, indem sie aufgrund ihrer Herkunft auf ein Imbissgericht reduziert werden.

Weitere Unwörter für das Jahr 2011:

“**Gutmensch**”: Mit dem Ausdruck Gutmensch wird insbesondere in Internet-Foren das ethische Ideal des „guten Menschen“ in hämischer Weise aufgegriffen, um Andersdenkende pauschal und ohne Ansehung ihrer Argumente zu diffamieren und als naiv abzuqualifizieren.

“**Marktkonforme Demokratie**” Die Wortverbindung marktkonforme Demokratie steht für eine höchst unzulässige Relativierung des Prinzips, demzufolge Demokratie eine absolute Norm ist, die mit dem Anspruch von Konformität mit welcher Instanz auch immer unvereinbar ist.

2012: “Opfer-Abo”

Im Herbst 2012 sprach Jörg Kachelmann in mehreren Interviews (z.B. im Spiegel vom 8.10.2012) davon, dass Frauen in unserer Gesellschaft ein „**Opfer-Abo**“ hätten. Mit ihm könnten sie ihre Interessen in Form von Falschbeschuldigungen – unter anderem der Vergewaltigung – gegenüber Männern durchsetzen. Das Wort „Opfer-Abo“ stellt in diesem Zusammenhang Frauen pauschal und in inakzeptabler Weise unter den Verdacht, sexuelle Gewalt zu erfinden und somit selbst Täterinnen zu sein. Das hält die Jury angesichts des dramatischen Tatbestands, dass nur 5-8 % der von sexueller Gewalt betroffenen Frauen tatsächlich die Polizei einschalten und dass es dabei nur bei 3-4 % der Fällen zu einer Anzeige und einem Gerichtsverfahren kommt, für sachlich grob unangemessen. Das Wort verstößt damit nicht zuletzt auch gegen die Menschenwürde der tatsächlichen Opfer.

“**Pleite-Griechen**”: Der im Kontext der Euro-Stabilitäts-Debatte von der SpringerPresse in den vergangenen Jahren geprägte Ausdruck „Pleite-Griechen“ wurde 2012 weiterhin und unreflektiert verwendet. Er diffamiert ein ganzes Volk und damit auch einen Teil der in Deutschland lebenden Bevölkerung in unangemessener und unqualifizierter Weise.

“**Lebensleistungsrente**”: Die Jury rügt das Wort „Lebensleistungsrente“ als eine irreführende bis zynische Bezeichnung für ein Vorhaben, bei dem unter sehr restriktiven Bedingungen eine geringfügige Zusatzleistung des Staates versprochen wird.

2013: “Sozialtourismus”

Im letzten Jahr ist die Diskussion um erwünschte und nicht erwünschte Zuwanderung nach Deutschland wieder aktuell geworden. In diesem Zusammenhang wurde von einigen Politikern und Medien mit dem Ausdruck „**Sozialtourismus**“ gezielt Stimmung gegen unerwünschte Zuwanderer, insbesondere aus Osteuropa, gemacht. Das Grundwort „Tourismus“ suggeriert in Verdrehung der offenkundigen Tatsachen eine dem Vergnügen und der Erholung dienende Reisetätigkeit. Das Bestimmungswort „Sozial“ reduziert die damit gemeinte Zuwanderung auf das Ziel, vom deutschen Sozialsystem zu profitieren. Dies diskriminiert Menschen, die aus purer Not in Deutschland eine bessere Zukunft suchen, und verschleiern ihr prinzipielles Recht hierzu.

Der Ausdruck „Sozialtourismus“ reiht sich dabei in ein Netz weiterer Unwörter ein, die zusammen dazu dienen, diese Stimmung zu befördern: „**Armutszuwanderung**“ wird im Sinne von „Einwanderung in die Sozialsysteme“ ursprünglich diffamierend und nun zunehmend undifferenziert als vermeintlich sachlich-neutraler Ausdruck verwendet. Mit „**Freizügigkeitsmissbrauch**“ wird denjenigen, die die in der EU jetzt auch für Menschen aus Bulgarien und Rumänien garantierte Freizügigkeit nutzen, ein kriminelles Verhalten unterstellt.

Der Ausdruck „Sozialtourismus“ treibt die Unterstellung einer böswilligen Absicht jedoch auf die Spitze.



2014: „Lügenpresse“

Das Wort „**Lügenpresse**“ war bereits im Ersten Weltkrieg ein zentraler Kampfbegriff und diente auch den Nationalsozialisten zur pauschalen Diffamierung unabhängiger Medien. Gerade die Tatsache, dass diese sprachgeschichtliche Aufladung des Ausdrucks einem Großteil derjenigen, die ihn seit dem letzten Jahr als „besorgte Bürger“ skandieren und auf Transparenten tragen, nicht bewusst sein dürfte, macht ihn zu einem besonders perfiden Mittel derjenigen, die ihn gezielt einsetzen. Dass Mediensprache eines kritischen Blicks bedarf und nicht alles, was in der Presse steht, auch wahr ist, steht außer Zweifel. Mit dem Ausdruck „Lügenpresse“ aber werden Medien pauschal diffamiert, weil sich die große Mehrheit ihrer Vertreter bemüht, der gezielt geschürten Angst vor einer vermeintlichen „Islamisierung des Abendlandes“ eine sachliche Darstellung gesellschaftspolitischer Themen und differenzierte Sichtweisen entgegenzusetzen. Eine solche pauschale Verurteilung verhindert fundierte Medienkritik und leistet somit einen Beitrag zur Gefährdung der für die Demokratie sowichtigen Pressefreiheit, deren akute Bedrohung durch Extremismus gerade in diesen Tagen unübersehbar geworden ist.

Außerdem werden gerügt:

„**Erweiterte Verhörmethoden**“

„**Russland-Versteher**“

2015: „xxx“



2016: „xxx“

